



Samstag, 20. Juli 2019, 15:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Der Krieg um Talente

Massenhaft wandern Fachkräfte aus östlichen EU-Ländern in den Westen ab – zum Schaden der Herkunfts- wie Zielländer.

von Hannes Hofbauer
Foto: ADragan/Shutterstock.com

Wenn es an Migration geht, denkt man in der Regel zuerst an Menschen aus Afrika oder der muslimischen Welt. Wenig gesehen werden dabei die Probleme der Arbeitsmigration innerhalb Europas. Gerade bei einem Land wie Rumänien sind die Folgen fatal – wenn etwa fast 20 Prozent aller Einwohner „auswärts“ leben und beschäftigt sind. Dies führt zu einem erheblichen Brain-Drain, dem Verlust gut ausgebildeter Kräfte in den Herkunftsländern, was etwa die medizinische Versorgung gefährden kann. Die Staatshaushalte dort leiden vor allem unter dem Verlust von Lohnsteuereinnahmen. Unter den wohlhabenden

westlichen Ländern hat sich geradezu ein Wettbewerb um diejenigen Migranten herausgebildet, die man für die eigene Volkswirtschaft als besonders nützlich erachtet: ein Kampf um die besten Köpfe.

Wer im Hochsommer entlang der E 60 östlich von Budapest in Richtung rumänische Grenze fährt, dem fallen die vielen spanisch immatrikulierten PKW auf, die Tag und Nacht unterwegs sind. Es handelt sich nicht um spanische Touristen, die ihren Urlaub in der heißen ungarischen Puszta verbringen wollen, sondern um rumänische LandarbeiterInnen und Bauarbeiter auf ihrem Weg zu den Daheimgebliebenen. Viele Holzkreuze entlang der neuen Gastarbeiterroute zeugen davon, dass so manche von ihnen hier, zwischen Heimat und Arbeitsplatz, ihr Leben verloren haben. Die Verkehrshölle entlang der E 60 ist nur eines von vielen Sinnbildern des migrantischen Wahnsinns, der sich Arbeitsjahr für Arbeitsjahr in EU-Europa abspielt.

Zu den Auswirkungen der innereuropäischen Migration ist gegen Ende der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft eine interessante Studie erschienen, die einer näheren Betrachtung wert ist: „Mobile Arbeitskräfte in der EU: Eine Herausforderung für die öffentliche Hand?“ (1) Den sperrigen Titel und den anfänglichen Kotau vor den im EU-Diskurs angeblich alternativlosen, positiven Effekten von Migration darf man getrost überspringen, um Tatsachen zu begegnen, die es in sich haben.

Schon der zweite Absatz berichtet über „negative Auswirkungen von auswandernder Mobilität“, die neben Verlusten durch „Brain drain“ auch die „Steuerbasis der Herkunftsländer erodieren lassen, was es für die Regierungen erschwert, budgetäre Ausgaben tätigen

und die (hohen) öffentlichen Schulden begleichen zu können.“

Nicht zufällig war es gerade die rumänische EU-Ratspräsidentschaft, die sich des Themas der EU-Binnenmigration besonders angenommen hat. Immerhin verzeichnet dieses bevölkerungsreiche osteuropäische EU-Mitglied den größten Aderlass an menschlichen Ressourcen innerhalb der Europäischen Union.

Fast 20 Prozent – exakt 19,7 Prozent – der arbeitsfähigen Bevölkerung Rumäniens, also der 20- bis 64-Jährigen, befanden sich im Jahr 2017 auf Arbeitsmärkten in der Fremde.

Auf dieser negativen Migrationsliste der abwesenden Arbeitsbevölkerung folgen Litauen mit 14,8 Prozent, Kroatien mit 13,9 Prozent, Portugal mit 13,8 Prozent und Bulgarien mit 12,4 Prozent. Das Schlusslicht bildet Deutschland, wo nur 1 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt außerhalb des Heimatlandes verdient.

In welcher Rasanz Rumänien (und andere osteuropäische Länder) in die periphere Rolle des Arbeitskräftelieferanten für die europäischen Zentralräume geschlittert ist, zeigt ein Blick auf die historische Entwicklung der europäischen Binnenmigration. Demnach war die Ausgangslage zwischen Rumänien und Deutschland im Jahr 1997 gleich. Jeweils 0,5 Prozent der Arbeitsfähigen wirkten außerhalb ihres Landes; in nur 20 Jahren destabilisierten sich die Arbeits- und Wohnverhältnisse für Rumänen (wie auch für Balten, Bulgaren und – mit Abstrichen – Slowaken) vollständig, während die Verhältnisse für Deutsche (wie für Schweden, Briten, Franzosen und Österreicher) stabil blieben. Sie müssen ihr Brot nicht in der Fremde verdienen.

Von den zwei bevölkerungsreichsten, mithin größten

osteuropäischen Arbeitskräftelieferanten entsendet Rumänien 1,2 Millionen nach Italien, 650.000 nach Spanien und 500.000 nach Deutschland, während von Polen 1 Million nach Großbritannien und 750.000 nach Deutschland migriert sind (2). Interessant ist ein Vergleich, den die Autoren der Studie zwischen zwei West-Ost-Länderpärchen anstellen, die in etwa dieselbe EinwohnerInnenzahl aufweisen.

Polen und Spanien haben ebenso wie Tschechien und Portugal trotz vergleichbarer Größe eine sehr unterschiedliche Migrationsrate. Während (erwartungsgemäß) fünf Mal so viele Polen wie Spanier als Arbeitsmigranten außerhalb des Landes verbringen (müssen), sind im Vergleich Portugal-Tschechien umgekehrt acht Mal so viele Portugiesen wie Tschechen auf Wanderarbeit. Doch das wirkt nur auf den ersten Blick paradox, sind doch Böhmen und Mähren alte industrielle Kernräume, die auch in Zeiten des Kommunismus in vielen Branchen weltmarktfähig gewirtschaftet haben.

Nach der Wende 1989 und der Trennung von der Slowakei 1993 avancierte Tschechien zwar nicht zu einem Hochlohnland, war jedoch in der Lage, seine soziale und technische Infrastruktur so zu erhalten beziehungsweise auszubauen, dass ein möglicher Auswanderungsdruck, der auf Basis von Lohn Differenz gegeben war, damit kompensiert werden konnte. Die Studie der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft geht davon aus, dass gute lokale Versorgung den Wunsch zu migrieren um ein Drittel senkt.

Ausbildungsstatus sehr verschieden

Im Rennen um die besten Köpfe aus der Peripherie hat Großbritannien die Nase vorne. Es ist der „winner of the war for talents“, wie es im rumänischen Studententext heißt. Das liegt zum einen an der Tatsache, dass es gut ausgebildete Menschen,

insbesondere wenn sie unternehmerisches Risiko nicht scheuen, vor allem in Länder zieht, in denen soziale Absicherung klein und Konkurrenz groß geschrieben wird. Umgekehrt migrieren schlecht Ausgebildete lieber in Länder mit hohen Sozialstandards für die unteren Klassen (3).

Dazu kam noch, dass London im Jahr der großen EU-Osterweiterung 2004 seinen Arbeitsmarkt sofort öffnete, während Berlin und die meisten anderen EU-Altländer die Öffnung auf bis zu sieben Jahre hinausschoben. Dieser unterschiedliche Zugang zur EU-Binnenmigration ergab, dass von den zwischen 2007 und 2017 nach Großbritannien eingewanderten 1,5 Millionen OsteuropäerInnen 840.000 einen hohen Bildungsabschluss aufwiesen, während in Deutschland von den 800.000 nur 200.000 bestens Ausgebildete waren.

In Großbritannien kann also jeder zweite, in Deutschland jeder vierte Ostmigrant auf eine höhere Schulbildung zurückblicken. Italien verliert im Zeitraum 2007 bis 2017 113.000 gut Ausgebildete und in Frankreich ist statistisch fast überhaupt keine Bewegung in Bezug auf Migration aus dem europäischen Osten feststellbar. Am Beispiel Griechenland wiederum sieht man, wie die EU und der IWF mittels ihrer Politik der Bankenrettung seit dem Jahr 2009/2010 ein Land in Windeseile peripherisieren konnten. War bis zu diesem Zeitpunkt keine nennenswerte Abwanderung von GriechenInnen in andere EU-Länder zu verzeichnen, so schnellte die Auswanderungsrate mit den Spardiktaten der Troika in die Höhe.

Rumänien ist auch jenes Land innerhalb der Europäischen Union, aus dem das meiste medizinische Personal abwandert. Laut EU-Kommissionsbericht 2018 stammt fast die Hälfte aller nach dem Westen migrierten Mediziner und Krankenschwestern von dort. Allein im Jahr 2014 verließen 2400 rumänische Ärztinnen und Ärzte ihre Heimat, von 2011 bis Ende 2016 waren es insgesamt 7000. Der Präsident des rumänischen Physikerverbandes, Vasile Astărăstoae,

erläutert die dramatische Situation:

„Rumänien gibt 2,5 Milliarden Euro aus, um Mediziner auszubilden, wir geben dieses Geld vor allem aus, um Probleme in Großbritannien, Deutschland und Frankreich zu lösen. Man kann dort 4000 Euro im Monat statt 400 in Rumänien verdienen. Einige Spezialisten wie Anästhesisten oder Kardiologen verdienen 30 Mal so viel wie daheim“ (4).

Die Lohndifferenz bildet nach wie vor die entscheidende Triebkraft für Migration. Und sie ist gewaltig. Weist die deutsche Statistik für das Jahr 2018 einen durchschnittlichen Bruttolohn von 2932.- Euro aus, so beträgt selbiger für rumänische ArbeiterInnen umgerechnet 563.- Euro, mithin mehr als fünf Mal weniger. Berechnet man die unterschiedliche Kaufkraft mit ein, so kann sich ein Werkstätiger in deutschen Landen immer noch mehr als drei Mal so viel leisten wie sein Kollege in Rumänien.

Eklatante Lohndifferenzen

Die EU-Ratsstudie hat sich nun die Mühe gemacht, diese Differenzen volkswirtschaftlich sinnvoll mit den daheim gebliebenen und in die Fremde ausgewanderten Arbeitskräften zu kreuzen; geworden ist daraus ein sogenanntes „Bürgerprodukt“. Dieses verbindet und vergleicht Einkommen, die zu Hause und im Ausland erwirtschaftet werden. Demnach verdienen die 20 Prozent RumänInnen, die in westliche EU-Länder migriert sind, die Hälfte jener Summe, die alle 80 Prozent Daheimgebliebenen erwirtschaften.

In harten Zahlen: 1,7 Millionen Diaspora-Rumänen bringen es im Jahr 2017 auf 44,4 Milliarden Euro, während 8,3 Millionen in der Heimat Arbeitende 86 Milliarden Euro an Löhnen kassieren. Und

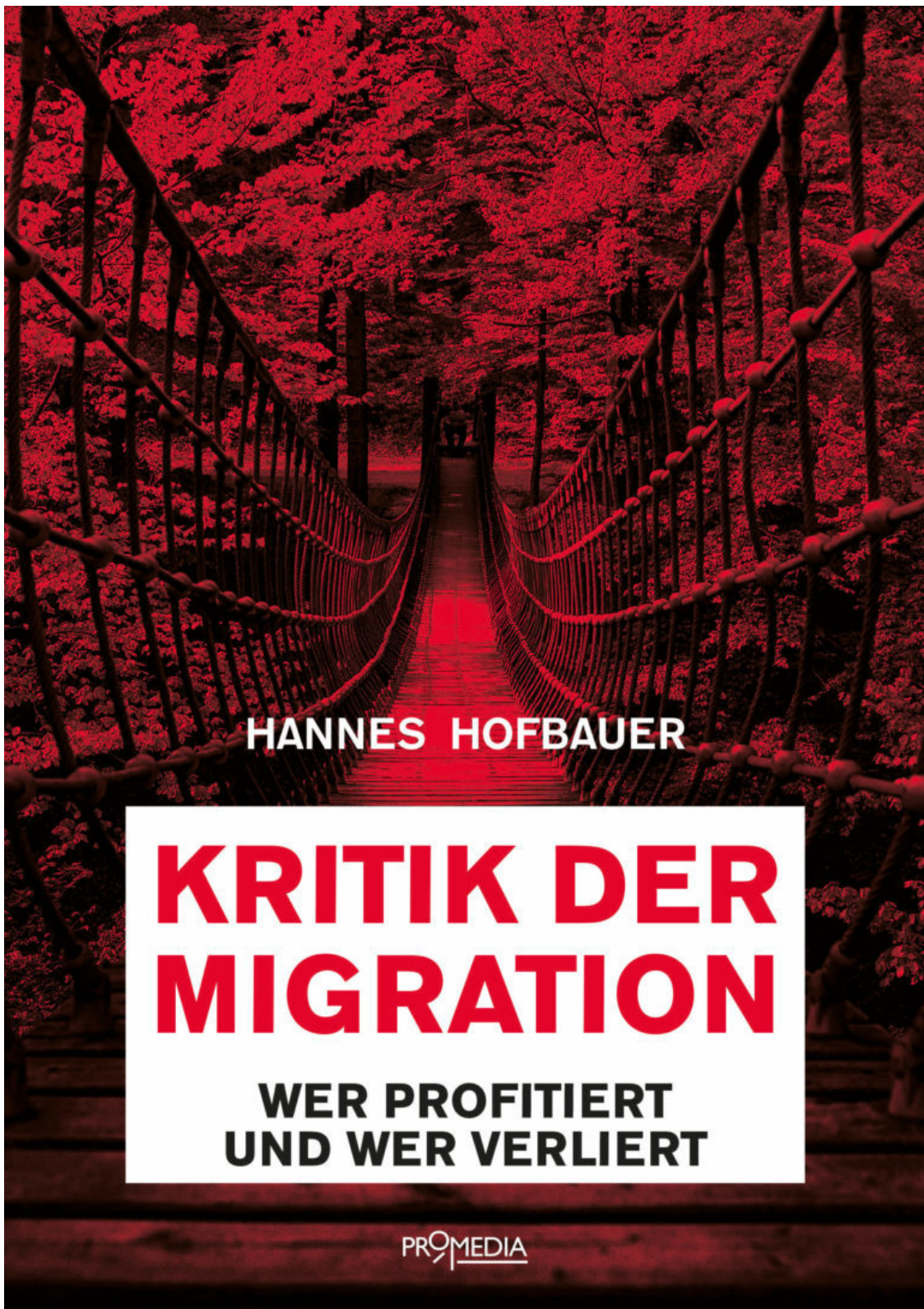
das, obwohl, wie die Studie feststellt, die Auslandsrumänen in England, Italien oder Deutschland durchschnittlich um 30 Prozent schlechter bezahlt sind als ihre britischen, italienischen oder deutschen Arbeitskollegen.

Die eigentliche Botschaft der Studie, nämlich die Auswirkungen von Migration auf das Budget der Herkunfts- und Zielländer der MigrantInnen, ist alarmierend.

Denn nicht nur entstehen immense volkswirtschaftliche Kosten für die peripheren Lieferanten billiger Arbeitskräfte in die Hochlohnländer des Westens, weil ja die Ausbildung im Osten, die Verwertung der Arbeitskraft jedoch im Westen erfolgt; dieses Ungleichgewicht setzt sich im steuerlichen Bereich fort.

Lohnsteuer ist in allen Ländern eine wesentliche Säule budgetärer Einkünfte. Auch wenn sie nicht überall wie in Schweden für 60 Prozent des Budgetkuchens verantwortlich ist, schultert die Besteuerung von Löhnen auch in Rumänien und Bulgarien immerhin 39 Prozent beziehungsweise 34 Prozent des Haushalts. Wenn nun Arbeitskraft massenhaft in Hochlohnländer abwandert, freuen sich die dortigen Finanzminister über höhere Einkünfte aus der Lohnsteuer, während den zuständigen Ressorts in den Herkunftsländern das Geld mangelt. Notwendige Infrastruktur bleibt unfinanzierbar. Die Spirale nach unten dreht sich weiter.





HANNES HOFBAUER

KRITIK DER MIGRATION

WER PROFITIERT
UND WER VERLIERT

PROMEDIA

Von Hannes Hofbauer ist zum Thema erschienen: Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert. Wien, Promedia Verlag 2018.

Quellen und Anmerkungen:

(1) Cinzia Alcidi/Daniel Gros, EU Mobile Workers: A challenge to public finances? Contribution for informal ECOFIN, Bucharest 5-6 April 2019

(2) Ebd., Zahlen für 2017

(3) Vgl. Branko Milanovic, Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Berlin 2016, S. 144

(4) www.dnn.de/Nachrichten/Politik/Der-Letzte-macht-das-Licht-aus (<http://www.dnn.de/Nachrichten/Politik/Der-Letzte-macht-das-Licht-aus>)



Hannes Hofbauer, Jahrgang 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Er arbeitet als Publizist und Verleger. Im Promedia-Verlag sind von ihm unter anderem erschienen „EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen“, „Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter“ und „Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.